

Diese Auseinandersetzungen bedrohen in akuter Weise die Existenz auflagenschwacher Blätter, deren Struktur auch durch die halbherzige und ideenlose direkte Subventionspolitik der Regierungs-Presseförderung nicht wesentlich verbessert werden kann. Preisausschreiben, in denen den Lesern Siedlungshäuser, Autos, Kühlschränke etc. versprochen werden, Abwerbungen von Journalisten mit Handgeldern in Millionenhöhe, Erpressungsversuche an Politikern, die gegen solche Methoden Bedenken erheben: das sind die Symptome einer verwüsteten Presselandschaft, in der die mächtigen Gewerkschafts- und Wirtschaftsverbände den Ton angeben und eine angenehme Kritik schon heute weithin ausschalten können. Mit der Beseitigung des Bacher-Rundfunks, der trotz seiner Schwächen immerhin zum erstenmal ein parteiunabhängiges Eigengewicht erlangen konnte, und mit dem neuen Rundfunkgesetz 1974, das nicht zuletzt Gewerkschaftsbundpräsident Anton Benya immer wieder gefordert hatte, ist im Bereich der elektronischen Medien in ähnlicher Weise eine Installierung der Sozialpartner-Macht und eine Ausschaltung kritischer Potenz gelungen. Kein geringerer als der bereits zitierte Gewerkschafter Egon Matzner beschrieb diesen Zustand folgendermaßen: „Betrachtet man die Grundlagen, von denen heute ernsthafte Gesellschaftskritik betrieben werden kann, dann drängt sich der Schluß auf, daß bereits heute eine Kräftekonstellation (in Österreich) existiert, die wichtige Voraussetzungen zur Beschränkung der intellektuellen Freiheit mit einschließt.“

### Austrocknung in der katholischen Presse

Die katholische Presse konnte sich von diesem allgemeinen Niedergang nicht freihalten, obwohl die Kathpress, die katholische Nachrichtenagentur Österreichs unter der rührigen Leitung ihres Chefredakteurs *Richard Barta*, wertvolle Hilfestellung leistet. Am günstigsten steht es

noch – sieht man vom Sonderfall „Kleine Zeitung“ ab – mit den regionalen Wochenblättern in Nieder- und Oberösterreich, die von den katholischen Preßvereinen in diesen Ländern mit Ambition herausgegeben werden. Die diözesane Kirchenpresse hingegen muß in den meisten Diözesen ein langsames, aber stetiges Abbröckeln ihrer Auflagen zur Kenntnis nehmen. Der „*Volksbote*“ in Innsbruck unter der Chefredaktion von *Benedikt Posch* versuchte sich zu reformieren, änderte seinen Titel auf „*präsent*“, modernisierte sein Layout und tut sein Möglichstes, um in seiner schwierigen geographischen Randlage die Stellung zu halten.

Besonders tragisch gestaltete sich das Schicksal der „*Furche*“ in Wien, einst Markenzeichen katholischer Publizistik in Österreich. Das Blatt kämpfte schon seit Jahren um das Überleben, und der Kollaps des Verlages „*Herold*“ in Wien ließ zu Beginn des Jahres den nahen Einstellungsbeschluß unvermeidlich erscheinen. Überbrückungsmaßnahmen ermöglichten jedoch ein Hinauszögern dieser bitteren Entscheidung bis zum Sommer, und nun sind mittlerweile die Voraussetzungen dafür getroffen worden, daß die „*Furche*“ unter wesentlicher Mithilfe des Verlages „*Styria*“ in Graz und des früheren Finanzministers Wolfgang Schmitz einen neuen Beginn versuchen kann. Unter der Geschäftsführung des langjährigen Generalsekretärs der Katholischen Aktion Österreichs, *Walter Schaffelhofer*, und unter der Chefredaktion von *Felix Gammillschegg* wird die „*Furche*“ Anfang November inhaltlich und graphisch völlig umgestellt. Die Zweimonatszeitschrift „*Wort und Wahrheit*“ (Herder, Wien) zuletzt redigiert von dem unvergeßlichen *Otto Mauer*, konnte jedoch trotz zahlreicher Bemühungen um eine Wiederbelebung nicht mehr gerettet werden. Diese im In- und Ausland angesehene Revue ist wohl für immer verstummt, und ihr Schweigen kündigt laut nicht nur von einer bedrohlichen Krisensituation der österreichischen Publizistik, sondern auch von einer intellektuellen Austrocknung des österreichischen Katholizismus. *Fritz Csokelich*

## Tagungsbericht

# Religion, Glaube und Politik

## Zu einer Tagung der Katholischen Akademie Hamburg

Das Verhältnis von Religion und Politik wird immer wieder dann zum Problem, wenn der Vorwurf unberechtigter Einmischung erhoben wird, mag dieser nun ein- oder gegenseitig sein. Im allgemeinen gilt in der Bundesrepublik, daß zwischen Kirche und Staat ein partnerschaftliches Verhältnis besteht. Sobald aber die Kirche das Verhalten

einer Regierung oder Partei kritisiert, wird sie leicht der Parteinahme für andere politische Richtungen verdächtigt. In jüngster Zeit war es der Vorwurf der Kirche, daß die Grundwerte in unserem Staat gegenwärtig in Gefahr sind. Die SPD/FDP-Regierung hat diesen Vorwurf dahingehend interpretiert, daß die katholischen Bischöfe der Mei-

nung seien, die Grundwerte seien bei ihr nicht gut aufgehoben. Die Katholische Akademie Hamburg nahm diese Situation zum Anlaß, mit Spitzenpolitikern aller drei Parteien eine Grundwertediskussion zu führen, die in einer relativ breiten Öffentlichkeit ein großes Echo fand (vgl. die Dokumentation in: HK, Juli 1976, 356–366).

Es muß aber nicht immer ein aktueller Anlaß sein, um über das Verhältnis von Religion und Politik zu diskutieren. Ohne einen solchen Anlaß kann die Diskussion sogar fruchtbarer sein, weil dadurch die Gefahr einer Voreingenommenheit eher vermieden wird. Die Katholische Akademie Hamburg hat, ermutigt durch das Echo auf die Grundwertediskussion, deshalb das Verhältnis von Religion und Politik zum Thema einer eigenen Tagung am letzten Wochenende im August (27./28.) gemacht. Überraschenderweise wurde sie nicht von Kirchenleuten und Politikern bestritten, sondern von Theologen, Philosophen, Erziehungswissenschaftlern, Historikern, Soziologen und Politologen, also von Wissenschaftlern verschiedener Fakultäten. Die Diskussion war demnach grundsätzlicher Art, jedoch nicht ohne aktuellen Bezug, denn es ging um das Verhältnis von Religion und Politik im 20. Jahrhundert.

### **Der Glaube: das Dynamische in der Religion**

Das Besondere an dieser Tagung war, daß das Thema von vier israelischen Professoren der Hebräischen Universität Jerusalem behandelt wurde, denen vier deutsche Professoren antworteten. Auf der einen Seite gläubige Juden, auf der anderen Seite gläubige Christen: zwei Katholiken und zwei Protestanten. So entwickelte sich das Gespräch über dieses Thema zu einem fruchtbaren jüdisch-christlichen Dialog, ohne den die Diskussion zu sehr dem „westlichen“ Denken verhaftet geblieben wäre. Das Problem von Religion und Politik stellt sich in Israel anders als in der Bundesrepublik und der westlichen Welt, und doch lassen sich Gemeinsamkeiten nicht übersehen, schon deshalb, weil die jüdische und christliche Religion im Alten Testament eine gemeinsame Wurzel haben, auch wenn diese für den jüdischen Staat eine andere Bedeutung hat als für die Staaten des christlichen Abendlandes.

Das Gespräch eröffneten nach einer Begrüßung durch den Hamburger Bürgermeister Prof. *Dieter Biallas*, Weihbischof *Hubertus Brandenburg* und den israelischen Konsul *Baruch Schaefer* der israelische Erziehungswissenschaftler Prof. *Ernst Akiba Simon* und der Hamburger Missionswissenschaftler und Ökumeniker Prof. *Hans Jochen Margull* über Glaube, Religion und Gesellschaft. Während Simon den Weg vom Glauben zur Religion und weiter zur Gesellschaft beschritt, trat Margull ihn in umgekehrter Richtung an. Dissens gab es kaum, eher ergänzten sich beide infolge ihres unterschiedlichen Ausgangspunktes. Der Glaube wurde nicht auf eine religions- und gesell-

schaftskritische Funktion reduziert, sondern als alttestamentlich und neutestamentlich verstanden, ein Glaube, der sich auf das Wort Gottes hin aufmacht, ein Glaube, der auf das Wort Jesu hin alles liegen- und stehenläßt und ihm nachfolgt. Dieser Glaube ist das Dynamische in der Religion, ohne den die Religion in der Gefahr der Versteinerung ist. Aber auch ein Glaube ohne Religionsverfassung ist gefährdet. Er könnte verschwinden, sich „in Luft auflösen“. Es sei schwer, zwischen diesen beiden Gefahren den richtigen Weg zu finden, meinte Simon. Ein Glaube werde, sobald er formuliert sei, schon wieder der Versteinerung ausgesetzt sein. Deshalb müsse man täglich die Demarkationslinie zwischen Glauben und Religionsverfassung (Martin Buber), die Grenzlinie zwischen beiden, suchen.

Obwohl der Glaube nicht auf eine gesellschafts- und religionskritische Funktion beschränkt wurde, so kommt ihm diese Funktion doch wesentlich zu, meinte Margull. Glaube und Religion in der Form des An- und Zuspruchs haben in unserer westlichen Gesellschaft nur soviel Geltung, als sie mehrheitlich rezipiert werden, als sie „zivilisiert“ sind. Sie gehen so sehr in das individuelle und soziale Gefüge ein, daß sie sich auch den Verbiegungen dieses Gefüges anpassen. Deshalb kann der Glaube erst in der Form des *Einspruchs*, so Margull, die ihm „eigene und nicht zu verrechnende oder transzendente Qualität“ wiedergewinnen. „Als Einspruch Gottes gegen den auf sich selbst bezogenen Menschen“ richtet er sich „gegen die in der Konsequenz des Selbstbezuges liegenden Verkrümmungen“, befreit er den An- und Zuspruch von den konformierenden Bedingungen der Gesellschaft. So entsteht im „Einspruchscharakter des Glaubens“ die „kritische Existenz des Glaubens zu sich selbst. Inmitten von Religion und Gesellschaft entsteht seine Religions- und Gesellschaftskritik“. Margull räumte ein, daß ein solcher Glaube selten und daß er auch vor seinem Mißbrauch zu schützen sei. „Jedoch in dem Vertrauen auf eine Verheißung muß sich solcher Glaube auch selber sagen, daß für unser Leben mehr nicht gegeben ist und vorerst auch nicht erwartet werden kann.“ Solcher Glaube ist nicht nur selten, es ist auch ungewiß, ob er Erfolg hat. In Anlehnung an den Propheten Amos meinte Simon, daß der Lohn des Glaubens das „Vielleicht“ sei. Vielleicht hat mein Protest gegen die Ungerechtigkeit Erfolg. In diesem Protest aus der Transzendenz heraus wird der Glaube erprobt, und im Hinblick auf die Ungewißheit des Erfolges stellt sich die Religion als eine „Religion des Dennoch“ dar.

### **Religiöse Wurzeln des demokratischen Ethos**

Mit der Frage nach den religiösen Wurzeln des demokratischen Ethos setzten der Jerusalemer Historiker und Leiter der Abteilung für Amerikanische Studien Prof. *Yehoshua Arieli* und der Berliner Politologe Prof. *Alexander Schwan* den jüdisch-christlichen Dialog fort. Während Arieli am

Beispiel Amerikas historisch vorging, argumentierte Schwan von der Bibel her. Arieli wies auf die interessante Feststellung Tocquevilles hin, daß alle demokratischen Bewegungen in Europa, besonders in den katholischen Ländern, sich in Feindschaft zur Kirche und oft auch zur Religion entwickelten. Dies war durch das historische Bündnis der Kirche mit den Privilegierten bedingt. In Amerika dagegen ist die Demokratie ohne eine Verwurzelung im Religiösen überhaupt nicht zu verstehen. Die USA, die als erste die Trennung von Staat und Kirche eingeführt haben, seien heute das religiöseste Land in der abendländischen Welt. Die starke Verwurzelung des amerikanischen Demokratieverständnisses im Religiösen ist insbesondere den zahlreichen Erweckungsbewegungen zuzuschreiben, die auf dem Prinzip der Freiwilligkeit neue Gemeinden gründeten und dem Bekehrten mit der Bürgerschaft im Glauben gleichzeitig die Bürgerschaft in der Gesellschaft vermittelten. Der Glaube an die Gleichheit aller Menschen und der Glaube an Gott gehören zusammen. So ist der Übergang vom Religiösen zum Säkularen überall dort zu beobachten, wo die kirchlichen Gemeinden die politische Macht übernahmen. Die Vielzahl der religiösen Bewegungen trug bei zur Anerkennung der Menschenrechte, zur Toleranz und zur Struktur der amerikanischen Demokratie, zu einem hohen Maß an Freiheit, Autonomie gegenüber dem Staat bei Anerkennung der vollen Gleichheit. Beides, Freiheit und Gleichheit, ist gebunden an den Glauben an Gott und wird durch die Religion vermittelt.

Zu diesem Ergebnis kam auch Schwan von seiner neutestamentlichen Begründung für die Demokratie her. Das Wort Gottes an den Menschen macht diesen zum „Partner Gottes“, und durch das Gebot der Nächstenliebe sind die Menschen einander zugeordnet. Zwar läßt sich vom Gedanken der „Partnerschaft“ und „Nächstenschaft“ her nicht unmittelbar eine bestimmte Staatsform ableiten, aber er legt doch zumindest nahe, „eine Politik zu unterstützen, die für ein Höchstmaß sozialer Gerechtigkeit, gesicherte materielle Lebensbedingungen und die aktive Mitwirkung und Mitbestimmung aller Bürger in für sie relevanten Fragen, eintritt“. „Politik aus christlicher Verantwortung“ habe deshalb nicht zuerst feste und gesicherte Positionen durchzusetzen und zu vertreten, sondern in dieser Welt die Partnerschaft und Nächstenschaft des Zusammenwirkens aller Menschen „guten Willens“ zu aktualisieren. Daß damit immer wieder die Möglichkeit des Scheiterns verbunden ist, beweist die Geschichte zur Genüge.

## König und Prophet

Ein neuer Aspekt wurde in den Dialog durch die Frage nach der Sakralisierung der Geschichte und Säkularisierung des Glaubens eingebracht. Der Bibelwissenschaftler Prof. *Shemaryahu Talmon* behandelte dieses Problem im jüdischen Denken als Hintergrund der Gesellschaftsauffassung im modernen Israel und der Hamburger Religionssoziologie Privatdozent *Gregor Siefer* für Europa und

Deutschland des 20. Jahrhunderts. Talmon warnte davor, Religion und Politik als Antithesen zu sehen, was in der westlichen Welt weitgehend geschieht. Beide müßten sich vielmehr gegenseitig ergänzen. Dafür seien der Staat Israel und das jüdische Volk ein Beispiel. In dieser Ergänzung der beiden Bereiche ist auch die Sakralisierung der Geschichte und die Säkularisierung des Glaubens begründet, weshalb es verkehrt sei, dies nur auf dem Hintergrund des 19. und 20. Jahrhunderts zu verstehen. Die Wurzeln dafür liegen im biblischen Glauben selbst. Nach Talmon stehen wir heute im Westen am Ende einer Entwicklung, wo dem Staat, der Kirche, der Religion und dem Glauben besondere Appartements in unserem Leben zugeteilt werden. Dies möge eine moderne oder auch schon postmoderne Einstellung sein, die aber auf Amerika, das heutige Israel und auch die afrikanischen Staaten nicht zutrifft, denn diese Staaten hätten eine monistische Weltanschauung, in der Glaube, Geschichte, Politik und Religion keine unterschiedenen und streng unterscheidbaren Phänomene sind. Säkularisierung dürfe demnach nicht als eine neue Religion verstanden werden, vielmehr werden durch die Glaubensvorstellungen politisch wirksame wie politische Vorstellungen durch die Sakralisierung einen überzeitlichen Wert erhalten.

Diesen Prozeß erklärte Talmon aus dem biblischen Gedankengut. In der biblischen Epoche wurde die pragmatisch-politische Orientierung des Staatsoberhauptes, des Königs, durch den visionären Glauben der Propheten in einem ständigen Dialog ausgewogen. Diese Balance von Prophet und König habe das staatliche Leben intakt gehalten. Ein Übergewicht des pragmatisch-politischen Lebens durch Schwächung des moralisch-religiösen bewies sich für die staatliche Existenz für genauso gefährlich wie ein Übergewicht von glaubenshafter Utopie beim Planen des staatlichen Lebens. Beide gehörten zusammen, König und Prophet. Mit dem Verschwinden des Königtums habe nach jüdischer Auffassung auch die Prophetie aufgehört. Das antike Judentum hat den Staat auf eine Kombination von Glaube und Politik aufgebaut, Glaube, an dem der König, und Politik, an der der Prophet beteiligt war. In der nachprophetischen Zeit sei die Funktion der Propheten auf den rational interpretierenden „Weisen“ übertragen worden. Das Leben, in dem Glaube und Politik sich die Hand reichen, ist das Ideal. Ob dieses Ideal im heutigen Israel zu erreichen ist, bleibt für Talmon eine offene Frage. Er hält es aber im Prinzip für möglich.

## Wiedererweckung der Transzendenz

Ganz anders stellt sich der Säkularisierungsprozeß in Europa dar. Nach *Siefer* werden heute die Grundfunktionen religiöser Systeme, nämlich Welterklärung, Handlungsnormierung und Abdeckung von Ohnmachtsgefühlen in hochindustrialisierten Gesellschaften auch von nichtreligiösen Systemen wahrgenommen, da die Kirchen als tradierte Sinngebungssysteme dies offensichtlich nur noch

partiell und zufällig leisteten. Dazu käme erschwerend, daß die Kirchen selbst sich ihrer Funktion nicht mehr ganz sicher seien. Dieser Funktionsverlust oder Säkularisierungsprozeß beginnt mit dem Bruch von Religion und Kirche und individualpsychologisch mit der Freisetzung der modernen Subjektivität. Mit der Säkularisierung des Glaubens vollzieht sich gleichzeitig eine Sakralisierung der Geschichte, zum Beispiel durch Entnahme von Analogien aus dem religiösen Bereich zur Interpretation der eigenen Geschichte (Erlösungserwartung gegenüber Politikern) oder durch politische Ausnutzung von anerzogenen religiösen Verhaltensweisen (Hingabebereitschaft des Lebens im Krieg). So entstehen neben den Kirchen andere Sinngebungssysteme, die miteinander in Konkurrenz treten und zur Relativierung führen. Es fehlt der Bezug zur Transzendenz, die wiederentdeckt werden muß. Denn die Entzauberung der Welt hat keineswegs mehr Freiheit gebracht, sondern Gehäuse einer neuen Hörigkeit entstehen lassen, und die Anomie, die Regellosigkeit und Orientierungslosigkeit sind ins Unermeßliche gewachsen. Der jüdisch-christliche Dialog endete mit dem Philosophen Prof. *Nathan Rotenstreich* und dem Göttinger Politologen Prof. *Christian Graf von Krockow* über Philosophie, Ideologie und Gesellschaft. Rotenstreich forderte ebenso wie Siefer, daß wieder die metaphysische Frage gestellt werde, was denn das menschliche Leben sei. Man könne es nicht allein von den Interessen her interpretieren.

Er unterstrich die Bedeutung unabhängiger *ethischer Normen*, die ihre Begründung im Sein fänden und deshalb nicht ideologisch als Ausdruck von Interessen interpretiert werden könnten. Auch die Religion lasse sich nicht einer solchen Interpretation unterziehen, da sie es mit der Verbindlichkeit der Normen zu tun habe.

v. Krockow skizzierte die neuere deutsche Situation, in der sich eine doppelte Fluchtbewegung bemerkbar macht: einerseits die „Flucht in die machgeschützte Innerlichkeit“ (Thomas Mann), die Sehnsucht nach dem starken Staat, andererseits die Flucht in eine eschatologisch aufgeladene weltliche Utopie, also die Sehnsucht nach Systemüberwindung. Beide Fluchtbewegungen, vordergründig im krassen Gegensatz, dialektisch aber einander zugeordnet, entspringen derselben Quelle, der „Sucht oder Suche nach der Idylle“, entweder in der Zementierung von Bestehendem, also Ruhe und Ordnung um jeden Preis, oder aber in der Zerstörung des Bestehenden und der Herstellung einer Art neuer Natürlichkeit, also Aufhebung der Entfremdung. Beide Bewegungen sind Verirrungen, weil ihnen die „Scheidung in Vorletztes und Letztes“ (Bonhoeffer) nicht gelungen ist. Jede Verabsolutierung des Vorletzten muß am Letzten scheitern. Wo diese Verabsolutierung getroffen wird, kommt es „zu einer Verbindung von Eschatologie und menschlicher Scheußlichkeit“.

## Literaturbericht

# Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland

## Ein Überblick über Publikationen zum Staatskirchenrecht (I)

An den juristischen Fakultäten der Bundesrepublik wird das Fach „Kirchenrecht“, in der Regel verstanden als „Staatskirchenrecht“, d. h. als das „vom Staate gesetzte oder vereinbarte Recht seiner Beziehungen zu den Religionsgemeinschaften“ (Ulrich Scheuner), in der Gegenwart kaum mehr gepflegt. Im Zuge der allgemeinen Bildungsverflachung ist das Fach „Kirchenrecht“ für den jungen Juristen kein Prüfungsgegenstand mehr und fristet daher auch in den Lehrplänen nur noch ein kümmerliches Dasein. Auch an den Theologischen Fakultäten wird in den auf die praktischen Bedürfnisse der Priesterausbildung orientierten Vorlesungen der Kanonisten das Verhältnis von Staat und Kirche vernachlässigt. Ungeachtet dieser

Tatsache ist auf diesem Grenzbereich zwischen Staat und Kirche seit 1949 eine außerordentlich vielfältige und auch für den Fachmann kaum mehr überschaubare Literatur entstanden, die ihren Niederschlag in den ersten zwei Jahrzehnten in einer großen Zahl von Aufsätzen und Artikeln gefunden hat, die in zahlreichen juristischen Fachzeitschriften veröffentlicht wurden. Während der letzten Jahre erschien zum Verhältnis von Staat und Kirche aber auch eine große Anzahl selbständiger Veröffentlichungen, von denen die bedeutenderen in dieser auf zwei Hefte verteilten Dokumentation, ohne daß hierbei allerdings Vollständigkeit angestrebt werden könnte, vorgestellt werden sollen.